

01.10.2019 - Gleichwertige Lebensverhältnisse?

Mehrere Interessenverbände haben das Szenario der Bertelsmann-Stiftung öffentlich abgelehnt. Was folgt daraus?

von Klaus-Peter Görlitzer

Der Marburger Bund (MB) ist der größte Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte hierzulande. Der MB--Vorsitzende Rudolf Henke, der auch CDU--Bundestagsabgeordneter ist, reagierte am 15. Juli mit einem kämpferischen Statement:

«Planungsentscheidungen werden in den Ländern getroffen und nicht am grünen Tisch der Bertelsmann--Stiftung. Es lässt sich aus der Warte von Ökonomen leicht von Zentralisierung und Kapazitätsabbau fabulieren, wenn dabei die Bedürfnisse gerade älterer, immobiler Menschen unter den Tisch fallen, die auf eine wohnortnahe stationäre Grundversorgung angewiesen sind.» Und Henke fügte hinzu: «Was wir nicht brauchen, ist eine weitere Zurichtung der Krankenhauslandschaft im Sinne einer profitorientierten Konzernbildung.»

Pointiert äußerte sich auch Klaus Reinhardt, seit Juni neuer Präsident der Bundesärztekammer: «Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission ?Gleichwertige Lebensverhältnisse? hat gerade erst die Bedeutung der Daseinsvorsorge und Sicherung einer gut erreichbaren, wohnortnahen Gesundheitsinfrastruktur herausgestellt und das Bundesgesundheitsministerium die Förderung von 120 kleineren Kliniken bundesweit beschlossen. Da ist es schon mehr als befremdlich, wenn die Bertelsmann--Stiftung jetzt pauschal die Schließung von 800 Krankenhäusern fordert.»

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) kritisierte, die Bertelsmann--Stiftung propagiere die «Zerstörung von sozialer Infrastruktur in einem geradezu abenteuerlichen Ausmaß».

Bleibt abzuwarten, welche Taten die Interessenverbände den starken -Worten vom Juli konkret folgen lassen werden, sollte die Politik wirklich auf Szenarien à la Bertelsmann einsteigen.

Es lässt sich aus der Warte von Ökonomen leicht von Zentralisierung und Kapazitätsabbau fabulieren, wenn dabei die Bedürfnisse gerade älterer, immobiler Menschen unter den Tisch fallen, die auf eine wohnortnahe stationäre Grundversorgung angewiesen sind.» Und Henke fügte hinzu: «Was wir nicht brauchen, ist eine weitere Zurichtung der Krankenhauslandschaft im Sinne einer profitorientierten Konzernbildung.»

Pointiert äußerte sich auch Klaus Reinhardt, seit Juni neuer Präsident der Bundesärztekammer: «Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission ?Gleichwertige Lebensverhältnisse? hat gerade erst die Bedeutung der Daseinsvorsorge und Sicherung einer gut erreichbaren, wohnortnahen Gesundheitsinfrastruktur herausgestellt und das Bundesgesundheitsministerium die Förderung von 120 kleineren Kliniken bundesweit beschlossen. Da ist es schon mehr als befremdlich, wenn die Bertelsmann--Stiftung jetzt pauschal die Schließung von 800 Krankenhäusern fordert.»

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) kritisierte, die Bertelsmann--Stiftung propagiere die «Zerstörung von sozialer Infrastruktur in einem geradezu abenteuerlichen Ausmaß».

Bleibt abzuwarten, welche Taten die Interessenverbände den starken -Worten vom Juli konkret folgen lassen werden, sollte die Politik wirklich auf Szenarien à la Bertelsmann einsteigen.

Und Henke fügte hinzu: «Was wir nicht brauchen, ist eine weitere Zurichtung der Krankenhauslandschaft im Sinne einer profitorientierten Konzernbildung.»

Pointiert äußerte sich auch Klaus Reinhardt, seit Juni neuer Präsident der Bundesärztekammer: «Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission ?Gleichwertige Lebensverhältnisse? hat gerade erst die Bedeutung der Daseinsvorsorge und Sicherung einer gut erreichbaren, wohnortnahen Gesundheitsinfrastruktur herausgestellt und das Bundesgesundheitsministerium die Förderung von 120 kleineren Kliniken bundesweit beschlossen. Da ist es schon mehr als befremdlich, wenn die Bertelsmann--Stiftung jetzt pauschal die Schließung von 800 Krankenhäusern fordert.»

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) kritisierte, die Bertelsmann--Stiftung propagiere die «Zerstörung von sozialer Infrastruktur in einem geradezu abenteuerlichen Ausmaß».

Bleibt abzuwarten, welche Taten die Interessenverbände den starken -Worten vom Juli konkret folgen lassen werden, sollte die Politik wirklich auf Szenarien à la Bertelsmann einsteigen.